

## PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 420  
Thema: Ausschreitungen Türken Kurden

Redaktion: Stefan Sukale  
Datum: 29. Oktober 2007

### **HENKEL/WANSNER: HASS UND GEWALT AUS DEM NORDIRAK NICHT NACH DEUTSCHLAND IMPORTIEREN**

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Frank HENKEL**, und der integrationspolitische Sprecher, **Kurt WANSNER**, erklären zu den gestrigen Ausschreitungen zwischen Türken und Kurden in Kreuzberg:

„Wir wünschen den bei den Ausschreitungen verletzten Polizisten rasche und vollständige Genesung. Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Beamten ihre Köpfe hinhalten müssen, weil aufgepeitschte türkische und kurdische Gruppen ihre Konflikte in Berlin austragen. Diese Fanatiker dürfen nicht Hass und Gewalt aus der Nahostregion nach Deutschland importieren.“

Alle in unserem Land lebenden Menschen müssen sich zu unserer Werte- und Grundordnung bekennen. Dazu gehört auch, dass unsere Vorstellungen von demokratischer Demonstrations- und Streitkultur beachtet werden. Wenn türkische Nationalisten dennoch meinen, Hetzjagden veranstalten zu müssen, haben sie in unserem Land nichts zu suchen. Das gilt ebenso für fanatische PKK-Anhänger. Bei Extremisten muss die volle Härte des Rechtsstaats zum Tragen kommen, was selbstverständlich auch ausländerrechtliche Sanktionen umfasst.

Die Ausschreitungen müssen aber auch politisch aufgearbeitet werden. Innensenator Körting hat vergangene Woche in einem Interview auf die zunehmende Emotionalisierung unter den Kurden hingewiesen. Verfassungsschutzchefin Schmid spricht von einem ‚Überschwappen‘ des Konflikts im Nordirak nach Deutschland. Dann stellt sich aber schon die Frage, warum die Polizei von den gestrigen Ausschreitungen anfangs überrascht worden ist. Offenbar ist Körtings mediale Lagebeschreibung ohne sicherheitspolitische Konsequenz geblieben.

Zudem hat der Innensenator das Gewaltpotential der türkischen Nationalisten völlig falsch eingeschätzt, wie sich gestern gezeigt hat. Körting muss jetzt darlegen, ob seine Aussagen von vergangener Woche noch Bestand haben. Falls er zu einer Neubewertung der Lage kommt, wollen wir wissen, welche Schlüsse er daraus zieht. Insbesondere verlangen wir Auskunft darüber, welche Sicherheitskonzepte in der Senatsinnenverwaltung vorliegen - auch für den Fall, dass die Lage im Nordirak weiter eskaliert.“